

Stefan Donth

Opposition und Widerstand in der SED-Diktatur (Lexikon): Hans-Joachim Veen, Peter Eisenfeld, Hans Michael Kloth, Hubertus Knabe, Peter Maser, Ehrhart Neubert, Manfred Wilke (Hrsg.)
Lexikon Propyläen Verlag, Berlin/München 2000, 456 Seiten, 78 D-Mark.

Über zehn Jahre nach Herstellung der deutschen Einheit im Oktober 1990 fehlt in der Öffentlichkeit ein Konsens bei der Beantwortung der Frage, was das wieder vereinigte Deutschland konstituiert. Gerade Opposition und Widerstand gegen die SED-Diktatur müssten dabei eine zentrale Rolle spielen. Deshalb ist die Aufarbeitung der Geschichte der Gegner der SED-Diktatur Geschichtspolitik des vereinten Deutschlands.

Das wird vor dem Hintergrund des Annäherungskurses der Sozialdemokratie an die PDS die politische Kultur in unserem Land während des Bundestagswahlkampfes bestimmen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, die bereits 1996 mit ihrem Lexikon des DDR-Sozialismus einen Beitrag zur Erforschung seines Staats- und Gesellschaftssystems geleistet hat, widmet nun Opposition und Widerstand gegen den SED-Staat ein weiteres Lexikon.

Das Herausgebergremium, der wissenschaftliche Koordinator Thomas Schrapel und über neunzig Autoren – unter ihnen Zeitzeugen und Wissenschaftler aus Ost und West – haben eine hervorragende Arbeit geleistet. 377 Artikel bieten Informationen zum gesamten Spektrum von Opposition und Widerstand in der DDR, zu einzelnen Personen, Gruppen, Orten und Ereignissen. Mehrere allgemeine Beiträge betten diese Thematik in die Geschichte der zweiten deutschen Diktatur ein. Der Band ist mit Sach-, Orts- und Personenregister hervorragend erschlossen. Ein Überblick zur Geschichte der DDR sowie eine Auswahlbibliografie finden sich im Anhang.

Opposition und Widerstand waren kein einheitliches Phänomen. Von einer Homogenität der Gruppen und Konzeptionen, für die sie eintraten, kann nicht gesprochen werden. Es ist ein Verdienst des Lexikons, dass es die gesamte Zeit der SBZ/DDR in den Blick nimmt und eine Konzentration auf die letzten beiden Jahrzehnte der DDR vermeidet. Auch die vierziger und fünfziger Jahre finden eine angemessene Berücksichtigung. Die Unterschiede zwischen den programmatischen Positionen der Akteure und Gruppen in den fünfziger und achtziger Jahren werden klar benannt und herausgearbeitet. Der Bau der Mauer war eine wichtige Zäsur in der Geschichte von Opposition und Widerstand hinter dem Eisernen Vorhang. Die Fixierung der Oppositionellen auf die Bundesrepublik nahm während der letzten beiden Jahrzehnte der DDR immer mehr ab.

In den vierziger und fünfziger Jahren gehörten vor allem solche Personen

und Gruppierungen zu den Trägern von Widerstand und Opposition gegen die von der sowjetischen Besatzungsmacht installierte SED-Diktatur, die ihre politische Sozialisation in der Weimarer Republik und im Aufbegehren gegen das Dritte Reich erfahren hatten. Die Stichworte enthalten viele Belege dafür, dass bis 1961 das Eintreten für demokratische Grund- und Freiheitsrechte und die Wiedervereinigung charakteristisch für den Widerstand gegen das SED-Regime war. Abgelehnt wurden das Blocksystem, die Menschenrechtsverletzungen, die Militarisierung der Gesellschaft, die Indoktrination sowie die soziale Repression.

Bereits 1945 richtete sich der Widerstand breiter Kreise der noch bürgerlich geprägten Gesellschaft gegen die sozialökonomischen Umwälzungen mit den Enteignungen und der Bodenreform. In den fünfziger Jahren bestimmten die Auseinandersetzungen um die Zwangskollektivierung das politische Leben auf dem Land.

Bis zu ihrer Gleichschaltung Anfang der fünfziger Jahre zählten CDU und LDP zu den wichtigsten Gegnern der SED. Zahlreiche Stichpunkte unterstreichen das Ausmaß dieses bürgerli-

chen Potenzials, welches nur mit Mühe ausgeschaltet werden konnte. Für die demokratische und antitotalitäre Tradition der CDU stehen die mit eigenen Einträgen gewürdigten Unionspolitiker Andreas Hermes, Jakob Kaiser und Hugo Hickmann.

An den Universitäten und Hochschulen gehörten die Hochschulgruppen von CDU und LDP zu den Trägern von Widerstand und Opposition. Die Werdauer Oberschüler sind ein Beispiel dafür, dass auch an den Oberschulen der diktatorische Anspruch der SED auf Widerstand stieß. Berücksichtigung findet der Widerstand vieler Sozialdemokraten gegen die Vereinigung mit den Kommunisten. Etwa 5000 SPD-Mitglieder wurden inhaftiert, von denen etwa 400 die Haft nicht überlebten.

Der Volksaufstand vom 17. Juni 1953 ist der deutlichste Beleg, dass sich das SED-Regime nur mittels sowjetischer Panzer und Bajonette an der Macht halten konnte. Opposition und Widerstand waren keine Einzelphänomene, sondern stützten sich auf eine Massenbasis. Neben der Verbesserung ihrer sozialen Situation forderten die Demonstranten freie Wahlen, die Wiedervereinigung und das Ende der Herrschaft der SED. Die Einträge zu den Ostbüros

der Parteien, zur Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit und ähnlichen Organisationen im Westen zeigen die Unterstützung auf, die die Opposition in der DDR aus der Bundesrepublik und Westberlin erhielt.

Die Methoden des Widerstands waren vielfältig. Meist wurde versucht, durch illegale Öffentlichkeitsarbeit das Informationsmonopol der SED zu durchbrechen und die Kenntnis von den Herrschaftspraktiken in der DDR zu erhöhen. Sabotage, Streiks und Demonstrationen blieben hingegen die Ausnahme.

Die Herrschenden in der SBZ/DDR reagierten auf diese Herausforderungen mit dem Ausbau des Repressionsapparates der SED, der immer mehr Kompetenzen von der Besatzungsmacht erhielt. Brutale Verfolgungsmaßnahmen, Todesurteile und hohe Haftstrafen waren in den vierziger und fünfziger Jahren an der Tagesordnung. Die Beiträge zur politischen Justiz und zu den sowjetischen Speziallagern gehen differenziert auf diesen Aspekt ein.

Bis zum Bau der Mauer 1961 ist die Geschichte von Widerstand und Opposition ohne die „Republikflucht“ nicht vollständig zu erfassen. Die „Abstimmung mit den Füßen“ der über zwei Millionen

Flüchtlinge unterminierte die DDR nicht nur wirtschaftlich, sondern trug zur politischen Destabilisierung des Systems bei.

Der Bau der Mauer veränderte die Bedingungen für Opposition und Widerstand grundlegend. Die Möglichkeit, die DDR zu verlassen, entfiel und war in der Regel nur noch durch einen Ausreiseantrag zu erreichen. Die Wiedervereinigung rückte für die meisten DDR-Bürger in unerreichbare Ferne. Viele arrangierten sich, ohne sich aktiv am Aufbau des Sozialismus zu beteiligen.

Die in den Stichworten behandelten Phänomene des Aufbegehrens gegen die SED-Herrschaft sind nur vollständig zu erfassen, wenn das breite Umfeld an gesellschaftlicher Verweigerung sowie die Distanzierung großer Teile der Bevölkerung von der Politik der SED einbezogen werden. Das untergrub den SED-Staat, der sich gegen den eigenen Untergang nicht mehr richtig zur Wehr setzen konnte. Der Blick nach drüben war der Maßstab, an dem sich für die Mehrheit der DDR-Bürger die Realität im eigenen Land zu messen hatte.

Nicht zuletzt die Zunahme der „rechtswidrigen Antragstellung auf Ausreise aus der DDR“ führte der SED-Führung

vor Augen, wie gering ihr Rückhalt in der Bevölkerung war.

Für die Entwicklung von Opposition und Widerstand nach 1961 waren zunächst die Wehr- und Waffendienstverweigerer prägend. Aus ihnen entstand in den siebziger und achtziger Jahren die programmatisch breit aufgefächerte Oppositionsbewegung. Deren Entwicklung ist ohne das Schutzdach der evangelischen Kirche nicht zu verstehen. Die Kirchen mit ihren Freiräumen unter dem Dach der „offenen Arbeit“ gewannen zunehmend an Anziehungskraft für die Oppositionsbewegung. Das bildete in nicht zu unterschätzendem Maße das organisatorische Rückgrat vieler Gruppen, die sich mit Fragen des Friedens, der Menschenrechte und der Zivilcourage in der sozialistischen Gesellschaft befassten. Viele Friedensseminare erlangten überregionale Bedeutung. In den achtziger Jahren prägten Aktionen wie „Schwerter zu Pflugscharen“ und „Sozialer Friedensdienst“ Erscheinungsbild und Programmatik der Opposition. Langsam wandelte sich die Opposition, die sich von den Friedenskreisen weg und immer stärker auf die Ökoszene verlagerte. Vor dem Hintergrund der Ausreisebewe-

gung gewannen Menschenrechtsgruppen an Bedeutung.

Prominenten Einzelschicksalen wie der Ausbürgerung Wolf Biermanns und der Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz sind eigene Einträge gewidmet. Auch das harte Vorgehen des SED-Staates gegen abweichende Meinungen unter Intellektuellen und Künstlern wird thematisiert, ebenso die Tatsache, dass sich die älteren Herren der SED-Führungsriege selbst durch die Jugend- und „Beatkultur“ angegriffen fühlten.

Die Machthaber sahen durch die Oppositionsbewegung die Grundlagen ihres Systems gefährdet. Sie verfeinerten die Mechanismen der Überwachung ihrer Bevölkerung und gingen vom offenen zum lautlosen Terror über. Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) praktizierte nun die „Zersetzung“ der Feinde des „Arbeiter-und-Bauern-Staates“.

Das harte Vorgehen der Staatsmacht gegen die Umwelt-Bibliothek und die Proteste bei der traditionellen Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Januar 1988 führten innerhalb der heterogenen Oppositionsbewegung zu Solidarisierung und Politisierung. Das MfS vermochte es nicht mehr, die

in der DDR verbleibenden und die in den Westen abgeschobenen Oppositionellen vollständig voneinander zu trennen und die prägenden Grundstrukturen der Opposition zu zerschlagen. Trotz der Repressionen verzeichnete das MfS ein Anwachsen der Gruppen.

Vor dem Spätsommer 1989 gehörten der Oppositionsbewegung zwischen 2000 und 5000 Personen an. 1989 verhalfen die sich ändernden Rahmenbedingungen der Widerstandsbewegung zum Durchbruch. Nach den Ereignissen um die Kommunalwahlen vom Mai 1989 und der anwachsenden Fluchtbewegung nahm die Zahl der Gruppierungen und ihrer Anhänger zu. Die Massenbewegung des Herbstes 1989 fand hier wichtige Anknüpfungspunkte. Es gehört zur Tragik der friedlichen Revolution, dass sich Bürgerrechtler und Bürger dann 1990 immer weniger zu sagen hatten.

Viele Oppositionelle hielten an der DDR als Alternative zur Bundesrepu-

blik fest und lehnten die sozialistische Utopie nicht grundsätzlich ab. Die Suche nach einem „dritten Weg“ bestimmte weitgehend das Denken und Handeln. Die meisten gaben „runden Tischen“ den Vorrang vor dem bürgerlichen Parlamentarismus. Das unterschied die Oppositionsbewegung 1989/90 von ihren Vorläufern vor dem Mauerbau.

Die Mehrheit der DDR-Bevölkerung strebte aber spätestens seit der Öffnung der Mauer unüberhörbar die Wiedervereinigung und die Übernahme des Gesellschaftsmodells der Bundesrepublik an. Dies trennte Bevölkerung und Opposition und führte einige der Protagonisten des Herbstes 1989 ein Jahr später in die politische Bedeutungslosigkeit. Viele Bürgerrechtler fanden dann in den neunziger Jahren in der Union eine (neue) politische Heimat. Hier wirken sie an prominenter Stelle bei der Gestaltung der inneren Einheit Deutschlands mit.

Eine Neuauflage des Lexikons wird die zwi-

schenszeitlich publizierten Forschungsergebnisse zu berücksichtigen haben: So konnte Wolfgang Tischner zeigen, dass es der katholischen Kirche gelang, sich dem Totalitätsanspruch der SED in vielen Bereichen erfolgreich zu widersetzen und die eigene weltanschauliche Geschlossenheit über vierzig Jahre Sozialismus hinweg zu wahren (Katholische Kirche in der SBZ/DDR 1945–1951, Veröffentlichungen der Kommission für Zeitgeschichte, 2001).

Das Lexikon ist auf dem nur schwer zu überschauenden Büchermarkt der DDR-Geschichte bereits jetzt zu einem Standardwerk geworden. Es schließt eine Forschungslücke. Diesem Plädoyer gegen die „Entschuldigungskultur“ der politischen Linken ist eine weite Verbreitung zu wünschen. Nun kann die Behandlung von Opposition und Widerstand in der DDR im Schulunterricht und in der politischen Bildungsarbeit auf eine breitere Grundlage gestellt werden.

Verschärfte Spaltung

„Die SPD gibt sich im Osten vollständig auf. Warum soll im Osten noch einer SPD wählen, wenn die ohnehin mit der PDS koalieren will? Das alles wird die Spaltung zwischen Ost und West verschärfen. Das ist für mich alles völlig unbegreiflich.“

(Katja Lange-Müller in *Der Spiegel* vom 25. Juni 2001)